

An den Landrat im Kreis Steinfurt  
An die Bürgermeister\*innen  
der Städte und Gemeinden  
im Kreis Steinfurt

Emsdetten, den 02.08.2018

## Wahrung und Umsetzung der Menschenrechte

Sehr geehrter Herr Dr. Effing,  
sehr geehrte Damen und Herren,

als Bürger\*innen im Kreis Steinfurt wenden wir uns an Sie mit der Aufforderung, unser Interesse an der Wahrung und Umsetzung der Menschenrechte zu vertreten und sich dafür einzusetzen, das unsägliche Sterben Geflüchteter im Mittelmeer zu beenden. Dazu fordern wir Sie auf, dem nachfolgend genannten Beispiel einiger Amtskolleg\*innen zu folgen.

Die Städte Köln, Düsseldorf und Bonn haben der Bundesregierung angeboten, in Not geratene Flüchtlinge aufzunehmen. Das haben die Oberbürgermeister der drei Städte am Donnerstag (26.07.2018) in einem gemeinsamen offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) formuliert. Dabei setzen sie sich auch dafür ein, die Seenotrettung im Mittelmeer aus humanitären Gründen wieder zu ermöglichen.

*"Wir wollen ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen", schreiben Henriette Reker (parteilos, Köln), Thomas Geisel (SPD, Düsseldorf) und Ashok Sridharan (CDU, Bonn). "Unsere Städte können und wollen in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen." Weiter heißt es: "Wir wollen uns gegen die vermeintlich herrschende Stimmung stellen, dass Zäune und Mauern statt eines gerechten europäischen Verteilungssystems die Not der Geflüchteten lösen können."*

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration sind in diesem Jahr bereits mehr als 1.400 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer ums Leben gekommen. Wir können nicht tatenlos zusehen, dass Menschen auf der Flucht zum Spielball europäischer und deutscher Macht- und Strategiespielchen werden und dabei sterben. Damit muss Schluss sein! Die Seenotrettung muss weiter fortgesetzt bzw. intensiviert werden.

Wir sind bereit und in der Lage, wie schon 2015 gezeigt, Menschen aufzunehmen, sie willkommen zu heißen und ihnen dabei zu helfen, hier Fuß zu fassen und eine Perspektive zu entwickeln. Dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen und das tut sie nicht mit AnKER-Zentren und schnellstmöglichen Abschiebungen. Die bewirken genau das Gegenteil.

Bitte tragen Sie unser Anliegen der Fortführung einer humanen Asylpolitik, wie sie 2015 ihren Anfang genommen hat, auf allen Ebenen an die politisch Verantwortlichen heran. Geben Sie den Kommunen im Kreis Steinfurt die Möglichkeit, ihre menschliche Seite zu zeigen. Gewähren Sie Menschen auf der Flucht ein neues Zuhause und ermöglichen ihnen, uns dabei zu helfen, unseren Sozialstaat aufrecht zu erhalten, indem sie hier leben und arbeiten.

Es grüßen  
das Netzwerk Humanität und Bleiberecht  
im Kreis Steinfurt  
und weitere Aktive



